

III.24

Politik

Wehrpflicht 2.0 – Sinnvolle Maßnahme für mehr Sicherheit?

Fabian Bagutzki



© ChiccoDodiFC / iStock / Getty Images Plus

Darf der Staat junge Menschen zum Militärdienst verpflichten? Und wenn ja: Unter welchen Bedingungen? Das Gesetz zur Modernisierung der Wehrpflicht sorgt für kontroverse Debatten. In dieser Unterrichtseinheit tauchen die Lernenden anhand einer Fallstudie in einen der aktuell meistdiskutierten sicherheitspolitischen Konflikte ein. Sie analysieren, wer von dem Gesetz betroffen ist, welche Interessen aufeinanderprallen und wie politische Entscheidungen in Deutschland zustande kommen.

KOMPETENZPROFIL

Klassenstufe:	11–13 (Sek II)
Dauer:	5 Unterrichtsstunden
Kompetenzen:	Einen aktuellen sicherheitspolitischen Konflikt als Fallstudie strukturieren, zentrale politische Akteure und ihre Interessen benennen, die Entscheidungsprozesse im politischen System Deutschlands erläutern, rechtliche Grundlagen der Wehrpflicht (Art. 12a GG) einordnen, politische Lösungsansätze bewerten und begründet Stellung nehmen.
Thematische Bereiche:	Die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland; Friedens- und Sicherheitspolitik
Medien:	LearningApps, PowerPoint-Präsentation erstellen
Medienkompetenzen:	Suchen, Verarbeiten und Aufbewahren (1); Problemlösen und Handeln: LearningApp als digitales Werkzeug nutzen (5)

Auf einen Blick

1. Stunde

Thema:	Sicherheitspolitische Herausforderungen
M 1	Zurück zur Wehrpflicht? – Ausgangslage
Inhalt:	Die Jugendlichen lernen die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen Deutschlands kennen. Sie analysieren ihre Assoziationen zur Wehrpflicht und erarbeiten den Fallstudienansatz als Analyseinstrument für ein politisches Problem.
Benötigt:	Beamer/Whiteboard, Internetzugang

2. Stunde

Thema:	Wer entscheidet über die Wiedereinführung der Wehrpflicht?
M 2	Akteure im Gesetzgebungsprozess – Die Bundesregierung
M 3	Akteure im Gesetzgebungsprozess – Der Bundestag
M 4	Akteure im Gesetzgebungsprozess – Der Bundesrat
M 5	Akteure im Gesetzgebungsprozess – Das Bundesverfassungsgericht
M 6	Ergebnismatrix – Der Weg des Wehrdienst-Modernisierungsgesetzes
Inhalt:	Die Lernenden verfolgen den Weg eines Gesetzes im politischen System und erarbeiten in einem Gruppenpuzzle die Aufgaben der unterschiedlichen Akteure. Sie sichern das Gelernte in einer Ergebnismatrix und prüfen es in einer LearningApp.
Benötigt:	Beamer/Whiteboard, Internetzugang
Hausaufgabe:	Die LearningApp kann als Hausaufgabe bearbeitet werden.

3. Stunde

Thema:	Welche Akteure sind betroffen und welche Interessen verfolgen sie?
M 7	Wer wäre von einer Rückkehr zur Wehrpflicht betroffen?
M 7a	Junge Menschen ab 18 Jahren
M 7b	Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten
M 7c	Bundesregierung (Verteidigungsminister)
M 7d	Oppositionsparteien
M 7e	Eltern
M 7f	NATO-Partner

Inhalt:	Die Lernenden erfahren, welche Akteure von einer Wehrpflicht betroffen wären, und erarbeiten deren Interessen. Die Ergebnisse stellen sie in der Klasse vor.
Benötigt:	Beamer/Whiteboard, Internetzugang
Hausaufgabe:	Erörterung zur Frage, ob die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht notwendig ist, um die Sicherheit Deutschlands und seine Bündnisverpflichtungen dauerhaft zu gewährleisten.

4. Stunde

Thema:	Politische Lösungsansätze
M 8	Brauchen wir eine Rückkehr zur Wehrpflicht? – Umfrageergebnisse analysieren
M 9	Der Gesetzentwurf der Bundesregierung – Auszug
M 10	Ein soziales Pflichtjahr für alle – Sinnvolle Alternative zum Wehrdienst?
Inhalt:	Die Lernenden analysieren die Ergebnisse einer Umfrage des MOTRA zur Wehrpflicht, erarbeiten das Gesetz der Bundesregierung sowie zwei Alternativen und stellen ihre Ergebnisse der Klasse vor. Die wichtigsten Erkenntnisse werden auf einem Handout festgehalten.
Benötigt:	Beamer/Whiteboard, Internetzugang

5. Stunde

Thema:	Eine Konfliktmatrix erstellen
M 11	Wie bewerten Bundestagsabgeordnete den Gesetzentwurf zur Modernisierung der Wehrpflicht?
Inhalt:	Die Lernenden analysieren das Ergebnis der Abstimmung zum Gesetzentwurf zur Modernisierung des Wehrdienstes vom 5.12.2025, erarbeiten Kernargumente von fünf Abgeordneten zur Modernisierung des Wehrdienstes und stellen abschließend die Interessen in einer Konfliktmatrix dar.
Benötigt:	Beamer/Whiteboard, Internetzugang
Zusatzmaterial:	Konfliktmatrix.

Zurück zur Wehrpflicht? – Ausgangslage

M 1

Angeichts der veränderten Sicherheitslage in Europa seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist die Debatte über eine Wiedereinführung der Wehrpflicht neu entflammt. Verteidigungsminister Boris Pistorius hat ein neues Wehrdienstmodell vorgeschlagen, das zunächst auf Freiwilligkeit beruht. Im Rahmen einer Fallstudie lernen Sie in den nächsten Stunden, wer im Falle einer tatsächlichen Wiedereinführung der Wehrpflicht Entscheidungen treffen kann, welche Akteure davon betroffen wären und welche Interessen diese verfolgen. Außerdem erfahren Sie, wie die Wehrpflicht gesetzlich geregelt werden kann.

Aufgaben

1. Betrachten Sie das Bild und lesen Sie die Texte. Nennen Sie Aspekte, die Ihnen zur Wehrpflicht einfallen. Arbeiten Sie nach der Methode Think-Pair-Share.
2. Nehmen Sie per Positionslinie Stellung: Brauchen wir angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen die Wiedereinführung der Wehrpflicht?



NATO-Verpflichtungen: „NATO fordert zusätzliche 80.000 Soldaten von Deutschland“

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/verteidigung-nato-fordert-zusaetzliche-80000-soldaten-von-deutschland/100131560.html>

Die NATO (= North Atlantic Treaty Organization) ist ein militärisches Verteidigungsbündnis, das 1949 gegründet wurde. Ihr Hauptziel ist die Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten: Ein Angriff auf ein Mitglied gilt als Angriff auf alle (Prinzip der kollektiven Verteidigung). Deutschland ist seit 1955 Mitglied der NATO. Als Teil des Bündnisses beteiligt sich Deutschland an gemeinsamen Verteidigungsmaßnahmen, internationalen Einsätzen und politischen Abstimmungen zur Sicherung von Frieden und Stabilität.



Was ist die NATO?



© picture alliance / Anadolu | Hesham Elsherif

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung – Auszug

M 9

Aufgaben

1. Lesen Sie den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Modernisierung des Wehrdienstes.
2. Halten Sie die wichtigsten Eckpunkte in einem Handout fest.

Problem und Ziel

Angeichts der massiven Verschärfung der Bedrohungslage in Europa [...] wird die Bundeswehr konsequenter auf die Landes- und Bündnisverteidigung¹ ausgerichtet.

Russland wird auf absehbare Zeit die größte Gefahr für die Sicherheit in Europa bleiben und schafft militärisch die personellen und materiellen Voraussetzungen dafür, um innerhalb weniger Jahre in der Lage zu sein, NATO-Territorium angreifen zu können.

Im Falle der Landes- und Bündnisverteidigung ist insgesamt von einem notwendigen Verteidigungsumfang von 460.000 Soldatinnen und Soldaten einschließlich der Reserve auszugehen.

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 sind auch die Strukturen für Erfassung, Musterung und Einberufung weggefallen. Das hat zur Folge, dass heute kein umfassendes Lagebild darüber vorliegt, wer im Falle einer Wiedereinführung der Wehrpflicht herangezogen werden kann, wie geeignet die Männer sind und welche Qualifikationen sie haben.

Vor diesem Hintergrund verfolgt dieser Entwurf drei Zielsetzungen:

- Verbessertes Lagebild über den Personalumfang der Wehrpflichtigen;
- Gewinnung von deutlich mehr Freiwilligen (Neuer Wehrdienst);
- Möglichkeit für die Bundesregierung, durch Rechtsverordnung eine verpflichtende Einberufung einzuführen – mit Zustimmung des Deutschen Bundestages

Lösung – Der neue Wehrdienst im Überblick

Um die genannten Ziele zu erreichen, werden die gesetzlichen Grundlagen für einen neuen attraktiven Wehrdienst geschaffen.

1. Freiwilligkeit als Grundsatz

Der Neue Wehrdienst basiert zunächst auf Freiwilligkeit. Er soll durch gesteigerte Attraktivität [...] die Bereitschaft zum Wehrdienst dauerhaft und signifikant steigern. Attraktivitätsmaßnahmen umfassen unter anderem: Zuschuss zum Führerschein (bis zu 3.500 €), verbesserte Berufsförderung sowie Übergangsleistungen nach dem Dienst.

2. Verpflichtende Elemente: Bereitschaftserklärung und Musterung

Obwohl der Dienst selbst freiwillig ist, enthält das Gesetz bereits jetzt verpflichtende Elemente für männliche Wehrpflichtige, die nach dem 31. Dezember 2007 geboren wurden:

§ 15a WPflG (neu) – Bereitschaftserklärung [Auszug, vereinfacht]

Jede erfasste Person hat auf Aufforderung eine Erklärung zur Bereitschaft und Fähigkeit zu einer Wehrdienstleistung abzugeben. Diese umfasst: 1. Angaben zur Person, 2. Interesse an

1 Bündnisverteidigung: Deutschland ist Mitglied der NATO. Artikel 5 des NATO-Vertrags verpflichtet alle Mitglieder, sich gegenseitig zu verteidigen. Deutschland muss deshalb genügend Soldatinnen und Soldaten bereitstellen.

einem Wehrdienst in der Bundeswehr, 3. Körpergröße und Gewicht, 4. Bildungsabschlüsse und Qualifikationen, 5. Selbsteinschätzung der körperlichen Leistungsfähigkeit. Die Abgabe erfolgt mittels eines Online-Fragebogens oder schriftlich. Kommt der Wehrpflichtige der Aufforderung nicht nach, erhält er eine erneute Aufforderung mit Fristsetzung. Das Verfahren ist kostenfrei.

3. Die „Notbremse“: Verpflichtende Einberufung per Rechtsverordnung

Ein zentrales Element des Gesetzes ist die Möglichkeit, die Wehrpflicht auch außerhalb eines Krieges wieder verpflichtend einzuführen – jedoch nur unter strengen Bedingungen:

§ 2a WPflG (neu) – Anordnung der Einberufung; Verordnungsermächtigung

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung¹, die der Zustimmung des Bundestages bedarf, anzuordnen, dass ungediente Wehrpflichtige zum Grundwehrdienst einberufen werden, wenn – die verteidigungspolitische Lage einen schnellen Aufwuchs der Streitkräfte zwingend erfordert, und – dieser auf freiwilliger Grundlage nicht erreichbar ist. Die Dauer des Grundwehrdienstes beträgt mindestens sechs und längstens zwölf Kalendermonate. Die Rechtsverordnung bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates.

Das Gesetz greift tief in die Rechte der Betroffenen ein. Die Begründung des Gesetzentwurfs macht dies ausdrücklich deutlich:

Aus der Begründung des Gesetzentwurfs (S. 3–4)

Die Entscheidung über die verpflichtende Heranziehung bedarf wegen der damit verbundenen Grundrechtsrelevanz einer parlamentarischen Beteiligung und kann nicht allein der Exekutive überlassen werden. Im Falle einer verpflichtenden Heranziehung wird auch das Recht der Kriegsdienstverweigerung (KDV) wieder praktische Relevanz erhalten, da Wehrpflichtigen die Gelegenheit gegeben werden muss, ihr Grundrecht aus Artikel 4 Absatz 3 GG frühzeitig und effektiv wahrzunehmen.

Kosten für den Staat

Für den Bund entstehen erhebliche Mehrausgaben. Laut Gesetzentwurf sind dies:

- 2026: ca. 495 Millionen Euro
- 2027: ca. 603 Millionen Euro
- 2028: ca. 713 Millionen Euro
- 2029: ca. 849 Millionen Euro

Quelle: Deutscher Bundestag: Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Wehrdienstes (WModG), Drucksache 21/1853, Berlin, 29.09.2025. Online: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/018/2101853.pdf>

1 Rechtsverordnung: Rechtsnorm, die nicht vom Parlament, sondern von der Regierung erlassen wird – aber hier nur mit Zustimmung des Bundestages. Das Parlament behält also die Kontrolle über die entscheidende Frage: Wird tatsächlich einberufen?